

WAS Gibt's

Mitteilungsblatt der Partei

DIE LINKE.

Kreisverband Schwabach - Roth

Ausgabe 8

September 2008

JE STÄRKER DIE LINKE, DESTO SOZIALER WIRD BAYERN

Dunkelrote Karte für die Schwarzen!

Bitte gehen Sie am **28. September 2008** zur **Wahl!** Sorgen Sie dafür, dass es in Bayern wieder mehr soziale Gerechtigkeit gibt! Sorgen Sie dafür, dass es den kleinen Leuten besser geht! Sorgen Sie dafür, dass es bald einen Mindestlohn von mindestens 8,- pro Stunde gibt! Sorgen Sie dafür, dass es mehr Rente gibt und zwar wieder ab 65! Machen Sie Bayern sozialer! Dafür steht DIE LINKE! Geben Sie den Schwarzen einen kräftigen roten Denkmittel, denn die CSU hat ihn verdient! Die CSU ist die Partei der Hungerlöhne! Die CSU ist die Partei der Rentenkürzungen! Die CSU hat die alte Pendlerpauschale abgeschafft! Die CSU will die alten und hochgefährlichen Atomkraftwerke länger laufen lassen! Die CSU ist mitverantwortlich für das Desaster bei der bayerischen Landesbank, das die Steuerzahler Milliarden kostete! Die CSU ist verantwortlich für die unnötigen Ausgaben der kläglich gescheiterten Transrapidplanung! Die CSU ist die verantwortliche Partei für das Desaster bei der Einführung des G8 Gymnasiums und den Lehrermangel! Die CSU ist verantwortlich für die viel zu frühe Selektion unserer Kinder nach der 4. Klasse Grundschule! Die Kinder sollten viel länger und gemeinsam in Ganztagschulen miteinander lernen! Dafür steht DIE LINKE, für Gemeinschaftsunterricht in Ganztagschulen!

Wählen Sie DIE LINKE, weil sie die einzig wirklich christliche und soziale Partei ist, denn Solidarität und soziale Gerechtigkeit dürfen auch in Bayern keine Fremdwörter bleiben! Die SPD ist keine Alternative, denn sie hat alle Gesetze gegen die kleinen Leute mitgetragen (Hartz IV, Rente ab 67). DIE LINKE steht als einzige Partei für die Abschaffung der Verarmungsgesetze von Hartz IV und für eine vollständige Beibehaltung der bewährten gesetzlichen Rente mit ihrem sicheren Umlagesystem! Privatvorsorge ist teurer und unsicherer, an ihr verdienen nur die Hauptspender der CSU, die großen Versicherungskonzerne!

Wie nervös die CSU ist, zeigt die Unterschriftenaktion für die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale. Es war die CSU, die zusammen mit der CDU und der SPD diese Pauschale abgeschafft hat. Die CSU sammelt also Unterschriften gegen sich selbst! Sie tut so, als sei sie bei der Abschaffung der alten Pendlerpauschale nicht dabei gewesen, welche eine politische Schizophrenie! Die CSU hält die Wähler in Bayern für dumm, denn sie argumentiert, dass die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale sehr wichtig sei in einem Flächenstaat wie Bayern.

Das ist schon sehr erstaunlich, denn Bayern war doch kein Stadtstaat, als die CSU diese Pauschale abschaffte und das Benzin war auch damals schon sehr teuer. Kurz vor der Wahl in Bayern wird DIE LINKE im Bundestag den Antrag auf Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale zur namentlichen Abstimmung stellen. Dann wird sich zeigen, ob die CSU es ernst meint oder ob alles eine Wählertäuschung ist.

Der nächste Hammer der CSU ist die Forderung, die alten und hochgefährlichen Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, weil dadurch der Strom billiger sei! Liebe Wähler, wieder ein CSU-Märchen, oder ist Ihr Strom - trotz Atomstrom - in den letzten Jahren etwa billiger geworden? Allein die Erforschung der Atomenergie und die Errichtung der Atomkraftwerke hat bis jetzt ca. 1000 Milliarden Euros gekostet, die der Steuerzahler bezahlte. Die CSU muss zudem die Frage beantworten, warum denn die Bevölkerung in den letzten Jahren trotz Atomstrom immer mehr für den Strom zahlen musste. Die CSU belügt hier die Wähler, das ist Volksverdummung! Die CSU sollte zudem ihren nächsten Betriebsausflug mal nach Tschernobyl machen: Dort kann sie hautnah erleben, wie unsicher Atomkraftwerke sind. Hunderttausende sind an Krebs erkrankt oder verstorben! Schluss mit dieser Volksverdummung der CSU!

Im Wahlkampf hat die CSU die beiden Hauptthemen "Pendlerpauschale" und "Atomstrom". Sorgen Sie am 28.9. dafür, dass diese Themen als das entlarvt werden, was sie sind: Verlogene und billige Wahlkampftricks. Geben sie der Volksverdummung der CSU die richtige Antwort: Wählen Sie die einzige ehrliche und soziale Alternative: DIE LINKE! Vielen Dank!
(KT)

Erststimme ist in Bayern genauso wichtig wie die Zweitstimme!

In Bayern zählt die Erststimme genauso viel wie die Zweitstimme. Beide Stimmen werden addiert und dann durch 2 dividiert.

Deshalb, liebe Wähler, ist es sehr wichtig, DIE LINKE mit Erst- und Zweitstimme zu wählen. Die Zweitstimme alleine reicht nicht!

Ende des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit in Bayern?

Kurz vor der Sommerpause hat der Landtag das neue bayerische Versammlungsgesetz trotz zahlreicher Proteste beschlossen. Mit 100 zu 45 Stimmen konnte sich die CSU nach siebenstündiger Debatte gegen die Opposition im Landtag durchsetzen.

Die Gewerkschaften und viele weitere Organisationen hatten zuvor Proteste und Mahnwachen organisiert. Über 600 Petitionen gegen das neue Versammlungsgesetz, das Demonstrationen enorm erschwert, waren kurz vor der Landtagssitzung eingegangen. Mit Geschäftsordnungstricks wurden die Eingaben einfach zurückgestellt. Es heißt, dass die Petitionen erst in der nächsten Legislaturperiode bearbeitet werden können.

Immerhin wird sich also auch der neue Landtag mit der Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit beschäftigen müssen. Das Gesetz zu ändern oder ganz zurückzunehmen, würde allerdings eine grundlegende Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Landtag voraussetzen. Auf dem Weg dorthin ist wichtig, dass DIE LINKE nach den nächsten Wahlen im Landtag vertreten ist!

Angeblich soll das neue Gesetz dazu dienen, die Demokratie gegen den Rechtstextremismus zu verteidigen, indem Demonstrationen der Neonazis damit leichter verhindert und führende Leute besser erfasst werden können. Wer so argumentiert, streut aber bewusst den Bürgern Sand in die Augen, weil das Gesetz ja für alle gilt. Es ist genauso ein Maulkorb für die Gewerkschaften und alle anderen gesellschaftlichen Kräfte, die der (noch) herrschenden Staatspartei in Bayern nicht immer genehm sind, weil sie bereit sind, für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung auf die Straße zu gehen. Auch die Bürgerinitiative in Gräfenberg, die seit Jahren ihren Protest gegen die Aufmärsche der Jugendorganisation der NPD in ihrer Stadt mit demonstrativen Gegenveranstaltungen kundtut, hat sich klar gegen die Einschränkung des Grundrechts ausgesprochen.

Die CSU ist wieder einmal ein Stück vorgeprescht, um die Demokratie zu Tode zu schützen. Wir dürfen jedoch gespannt sein, was das Bundesverfassungsgericht zu dem neuen bayerischen Sonderrecht sagt.

Bisher hat das BVerfG nämlich immer argumentiert, dass jeder Einschnitt in das Grundrecht das ganze Grundrecht verletzt.

Einstweilen gilt es, bei der nächsten Landtagswahl mit dem Stimmzettel dafür zu sorgen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im bayerischen Landtag ändern. Alle, denen die Wahrung der Grundrechte am Herzen liegt, sollten deshalb DIE LINKE wählen!
(JH)

Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen

Zum Anschlag in Afghanistan, bei dem ein Soldat der Bundeswehr getötet wurde, erklärt Christine Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE:

DIE LINKE spricht den Angehörigen des Soldaten ihr tiefes Mitgefühl aus.

Angesichts des fortdauernden Kriegs in Afghanistan muss sich die Bundesregierung endlich ihrer Verantwortung stellen und den Bundeswehreinsatz beenden. Die Verantwortung für den Tod des Soldaten liegt bei der Bundesregierung.

Die Bundeswehr kämpft in diesem NATO-Krieg, der in diesem Jahr einen traurigen Rekord an Todesopfern auf allen Seiten verzeichnet. Im Juli gab es 260 zivile Opfer. Insgesamt kann bereits jetzt von mehr als 1.000 zivilen Opfern in diesem Jahr ausgegangen werden. Allein am letzten Freitag wurden 90 Zivilisten getötet. Mit der fortgesetzten Ausweitung der ISAF-Operation seit 2001 ist die Anzahl der toten Soldaten der alliierten Streitkräfte sprunghaft angestiegen.

DIE LINKE fordert die Bundeskanzlerin auf, dem Willen der Mehrheit der Deutschen und der Afghanen nachzukommen und die Bundeswehr sofort aus Afghanistan zurückzuziehen.



Die große Rentenlüge

Die sogenannte Rentenreform soll angeblich der Sicherung des Lebensstandards dienen. Dies hat jedoch zu einer fatalen Rentenkürzungspolitik geführt.

Die Arbeitgeber werden entlastet und die Beitragszahler sollen privat vorsorgen. Verschwiegen wird jedoch, dass diese Privatvorsorge wegen der enormen Provisionen der Versicherungskonzerne wesentlich teurer und aufgrund des chaotischen Kapitalmarktes unsicherer ist, als das bewährte Umlageverfahren.

Als Begründung für diese falsche Politik werden die demographische Entwicklung, sowie die Senkung der Lohnnebenkosten genannt. Dies würde sofortige Kürzungen der gegenwärtigen und zukünftigen Renten erzwingen. Diese fatale Kürzungspolitik wird immer als alternativlos dargestellt.

Das war und ist eine glatte Lüge der rot-grünen sowie der jetzigen schwarz-roten Bundesregierung und der FDP!!

Wer sich derzeit keine private Zusatzversicherung leisten kann, wird im Alter arm sein! Selbst bei voller Beitragszahlung während eines langen Erwerbslebens kann die gesetzliche Rentenversicherung Armut nicht mehr verhindern!

Die schwarz-rot-grüne-gelbe Rentenpolitik zielt darauf, eine Entlastung der Arbeitgeber zu erreichen und gleichzeitig immer größere Teile der Alterssicherung zu privatisieren und damit dem chaotischen Kapitalmarkt zu überlassen!

In Chile führte diese falsche Politik dazu, dass die auf dem Kapitalmarkt angelegten Rentenbeiträge ihren Wert verloren und die Rentner völlig mittellos dastanden. Der Staat musste wieder einspringen. Es gibt nichts Sichereres als das bewährte Umlagesystem, das 2 Weltkriege und die Inflation unbeschadet überstanden hat. Dagegen ist die kapitalgedeckte Rente dem vollen Risiko des unregulierten Kapitalmarktes ausgesetzt. Wohin das führen kann, zeigt die derzeitige Finanzmarktkrise! Das ist ein enormes Risiko für die spätere Rente!

In Bayern sind derzeit laut Statistik mehr als 348.000 Menschen arbeitslos. Daneben gibt es noch Hunderttausende von Geringverdienern, die nur zwischen 400.- bis 800.- netto pro Monat verdienen!

Womit sollen denn diese armen Menschen Beiträge für eine private Altersvorsorge bezahlen? Die brauchen jeden Cent zum Überleben! All diese Menschen rutschen zwangsläufig in die Altersarmut. 400.000 Rentner sind in Bayern bereits jetzt arm, sie haben weniger als 800.- pro Monat!!

Die geplante Erhöhung der Renten zum 1. 7. 08 in Höhe von 1,1% ist ein Hohn gegenüber allen Rentnerinnen und Rentnern. Davon sind auch noch Beiträge für die ständig steigende Kranken- und Pflegeversicherung zu entrichten. Da bleibt von dieser lächerlichen Erhöhung nicht mehr viel mehr übrig.

Die LINKE stellt daher folgende 5 Forderungen für eine sichere und solidarische gesetzliche Rente auf:

1. Die Sicherung des Lebensstandards durch die gesetzliche Rente ohne teure und unsichere Privatvorsorge!
2. Die Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren!
3. Die schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen! und Einkommensarten in die gesetzliche Rentenversicherung!
4. Nein zur der Rente ab 67!
5. Angleichung der Renten von Ost und West!

Der 3. Punkt, die schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen und Einkommensarten in die gesetzliche Rentenversicherung schafft soziale Gerechtigkeit. Dazu gehört auch die Anhebung und spätere Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, denn Menschen mit höherem Einkommen müssen stärker als bisher zur Finanzierung unseres Sozialsystems herangezogen werden. Spitzenverdiener können sich so nicht mehr aus der solidarischen Finanzierung verabschieden!

(KT)

DIE
DIE LINKE.
RENTE
www.die-rente-die-linke.de

Leserbrief:

Mein Name ist Wil Krüchten, nebenbei Doktor der Philosophie, lebe seit etwas mehr als zwei Jahren in der schönen Stadt Schwabach, komme aus dem Rheinland aus Mönchengladbach und habe hier in Franken meine große Liebe gefunden. Ja sowas passiert auch noch im jugendlichen Alter von fast 60 Jahren. Deshalb also wohne ich nun in Schwabach und würde diese Stadt nicht mehr verlassen, auch wenn es mit der Liebe enden würde, was es aber nicht tut. Schwabach ist schön und darin zu wohnen ein wirklicher Gewinn. Vor allem sind es die Menschen, die dieses Stadt so lebenswert machen. Bin nun ja auch in der Stadt bekannt, als der „verrückte Alte mit den nackten Füßen und dem Hut.“ Ja Beides gehört zu mir, das mit den nackten Füßen, auch im Winter und immer mit Leder-Stetson auf dem Kopf. Und ich bin begeisterter Linker, immer schon, ein Leben lang, werde auch nie anders sein, bin deshalb auch in dieser Partei, der mein Herz gehört, Die Linke.

Aber fragt mich denn nun einer, wo ich in Schwabach wohne, wird es ärgerlich, richtig ärgerlich, denn ich muss dann sagen, in der „Hans-Meiser-Str. 20“, füge meistens hinzu, natürlich nicht der Hans Meiser aus RTL, sondern noch viel schlimmer. Erzähle dann von einem unseligen lutherischen Bischof gleichen Namens, nach dem die Strasse benannt. Ein Bischof, erster Landesbischof in Bayern oder Franken, der schon lange vor den Nazis so rechts und Juden hassend war, das er selbst den Nazis, als sie Deutschland beherrschten, zu rechts war. Ich kenne viele Städte, bin durch Strassen, die nach wirklich Großen der deutschen Geschichte benannt, vor Straßenschildern mit Achtung stehen geblieben, wenn sie einen Namen tragen einer Person aus dem Widerstand gegen die faschistische Diktatur, die Deutschland verdunkelte. Wenn ich solche Namen wie Stauffenberg, Geschwister Scholl und andere auf Straßenschildern lese, bin ich stolz ein Deutscher zu sein. Hat auch mit der Geschichte meiner Familie zu tun, mein Großvater wurde 1936 am Nikolaustag, am 6. Dezember, von den Nazis hingerichtet.

Und dann steh ich vor dem Schild „Hans-Meiser-Str.“ und kriege die Wut, irgendwann werde ich es runter reißen. Aber das ist keine Lösung. Ein neuer Name muss her. Es gibt so viele, die es verdient hätten, hier mit Namen geehrt zu werden.

Wie gerne würde ich in einer Straße leben, die den Namen einer berühmten jüdischen Persönlichkeit trägt, Namen und Personen gibt es genug, wenn der Stadtrat dennoch keine finden sollte, helfe ich gerne. Könnte mir gut vorstellen, in einer Straße zu wohnen benannt nach dem jüdischen Widerständler Herbert Baum, Infos unter:

http://de.wikipedia.org/wiki/Herbert_Baum.

Deshalb werde ich mit meiner Partei weiter energisch fordern, die Hans-Meiser-Str. um zu benennen, nicht nur fordern, sondern auch Aktionen entwickeln, um diesen Schandfleck im schönen Schwabach endlich verschwinden zu lassen. Bin mir sicher, dass viele Mitbürger dabei mit machen werden.

(Wil Krüchten, Schwabach)



- Ich möchte mehr Informationen über DIE LINKE erhalten
- Ich möchte zu den Veranstaltungen eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden

Name:

Vorname:

Anschrift:

e-mail:

Impressum:

Herausgegeben von: DIE LINKE. Kreisverband Schwabach/Roth

V.i.S.d.P.: G.Hartmann, Nelkenweg 8
91126 Rednitzhembach

email: die-linke-sc-rh@nefkom.net

<http://www.die-linke-schwabach-roth.de>

Druck: Cooperativ-Druck, Humboldtstr. 104, 90459 Nürnberg,

Tel.: 0911-8017446

cooperativ-druck@nefkom.net